

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger: Dr. Otto Gumbel, Berlin.
Vertrieb: Das Volk 1933/1934



Verleger: Dr. Otto Gumbel, Berlin.
Vertrieb: Das Volk 1933/1934

Verleger: Dr. Otto Gumbel, Berlin.
Vertrieb: Das Volk 1933/1934

Berlin, den 1. März 1933.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Der See rast.

SPD. Wer vermöchte zu sagen, wann die letzten Sicherungen des Rechtszustandes verschwinden, der durch Jahrzehnte in Deutschland landesüblich war und nach der Beendigung des Weltkrieges, wenn auch unter Schwierigkeiten, wieder stabilisiert wurde?

Augenblicklich ist die Unsicherheit das Wesentliche, Sicherheit des Einzelnen und der Gesamtheit schwebt völlig in der Luft. Eine Notverordnung, eine Ausführungsverordnung folgt der anderen. Die folgende enthält immer schärfere Bestimmungen als die vorhergehende. Kommentatoren haben keine Zeit mehr, ihre Bemerkungen niederzuschreiben. Was in dieser Stunde noch als geltendes, wenn auch notverordnetes Recht angesehen werden konnte, ist in der nächsten bereits ausser Kurs gesetzt. Das Volk, das am 5. März über sein Geschick für viele Jahre abstimmen soll, wird in Riesenschrift auf Plakaten und den Titelseiten der rechtsbürgerlichen Presse mit erlassenen und angekündigten Verboten überschüttet. Die ganze sozialdemokratische Presse in Preussen und ein Teil im übrigen Reich ist unterdrückt. Kein aufklärendes Wort kann den sozialdemokratischen Wählern in diesen Teilen des Reiches gesagt werden. Versammlungen werden gleichfalls aufgelöst oder von vornherein verboten. Neuerdings werden die Massenverhaftungen auch auf Sozialdemokraten ausgedehnt, nachdem bereits hunderte von kommunistischen Funktionären in Schutzhaft sitzen.

Derweil wird im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrande eine Schauer mär nach der anderen ins Land gejagt. Aus unbestimmten Andeutungen in amtlichen oder halbamtlichen Veröffentlichungen machen die Gebärden-späher und Gerüchteträger nicht nur bestimmte Tatsachen, sondern sie vergrößern und vergrößern sie in unverantwortlicher Weise. Der als Brandstifter verhaftete Maurer vander Lubbe aus Holland soll gestanden haben, dass er Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei gehabt hätte. Diese vage Behauptung eines in seiner Persönlichkeit durchaus unbekannten Mannes muss dazu herhalten, der Sozialdemokratie Begünstigung eines Attentats gegen den Reichstag nachzureden mit einer Beharrlichkeit, die kaum in der Attentatshetze von 1878 ein Vorbild findet!

Es liegt auf der Hand, dass im Augenblick die Kräfte mehr als ungleich verteilt sind. Mit Verordnungen, die Todes- und Zuchthausstrafen für eine Reihe von Delikten verhängen, die sonst mit wesentlich niedrigeren Strafen bedacht waren, wird zweifellos der Eindruck erweckt, als wenn der Landesverrat oder ähnliche Dinge gewissermassen landesüblich in Deutschland wären. Wer das jedoch annimmt, befindet sich auf einem Irrwege. Was mit den Todes- und Zuchthausverordnungen im tiefsten bezweckt wird, bleibt einstweilen völlig dunkel. Und mehr als Vermutungen darüber anzustellen wäre unnütz, zumal die augenblicklich herrschende "Freiheit der Meinungsäusserung in Wort und Schrift" dem ohnehin Schwierigkeiten bereitet.

Der Zustand der absoluten Unsicherheit im öffentlichen und privaten Leben, wie er durch die neuesten Notverordnungen mit ihren bisher unbekannten Mög-

lichkeiten des Eingriffs in die Rechte der Person und des Eigentums gekennzeichnet wird, ist allerdings so geartet, dass er nicht auf sehr lange Frist ertragen werden kann. Besonders nicht von einem Volke, das bisher an demokratische Selbstbestimmung gewohnt war und sicher in seinen breitesten Schichten nicht daran denkt, auf sie für immer Verzicht zu leisten. Vielleicht gibt es hier und da Volkskreise, die sich durch die Fülle von abenteuerlichen Erzählungen, die jetzt offen und unter der Hand verbreitet werden, eine zeitlang beeinflussen lassen. Aber auf die Dauer erträgt auch der politisch wenigst informierte in Deutschland nicht den Zustand, der jetzt über ihn hereingebrochen ist. Die Tatsache, dass die amtliche Propaganda - unterstützt von freiwilligen Helfern - mit aller Wucht gegen die Sozialdemokratie gerichtet, gleichzeitig aber die Verteidigungsmittel der Angegriffenen völlig unterdrückt werden, macht auch Blinde sehend.

Für die wenigen Tage, die bis zur Wahl bleiben, steht der sozialistischen Wählerschaft fast nur noch die Werbung von Mann zu Mann, von Mund zu Mund zur Verfügung. Das ist zweifellos ein ungleicher Kampf. Aber die Massen der Sozialdemokratie sind an Arbeit für ihre Sache gewöhnt. Sie werden auch die letzten Tage nutzen zur Werbearbeit für die Freiheit und das Recht! Im Bewusstsein, dass man wohl das Wort verbieten kann, niemals aber den Geist, dem das Wort nur Ausdrucksform ist.

SPD. München, 1. März (Eig. Drahtb.)

Angesichts der grossen Ungewissheit, was in Deutschland nach dem 5. März geschieht, ist die Bayerische Volkspartei bereits am 1. März mit ihrem Programm zur Neubildung einer parlamentarischen Regierung in Bayern an sämtliche Parteien des Landtags mit Ausnahme der Kommunisten herangetreten. Der Kern ihres Programms sind Vorschläge zur Änderung der bayerischen Verfassung, durch die die Stellung der Regierung, insbesondere des Ministerpräsidenten, gegenüber der Volksvertretung erheblich verstärkt werden soll.

Die Vorschläge halten sich vollkommen im Rahmen des Artikels 17 der Verfassung, der jedem Lande eine freistaatliche Verfassung, eine Volksvertretung auf Grund des Verhältniswahlrechts und die parlamentarische Regierungsform vorschreibt. Die wichtigste Bestimmung der vorgeschlagenen Verfassungsänderung lautet: "Dem Ministerpräsidenten kann das Misstrauen nur durch die gültige Wahl eines neuen Ministerpräsidenten ausgesprochen werden." Dadurch soll verhindert werden, dass künftig eine Geschäftsregierung unbegrenzt lange am Ruder bleiben kann. Aus den Richtlinien für das Arbeitsprogramm einer neuen Koalitionsregierung ist folgender Satz besonders interessant: "An Anbetracht der für Bayern besonders gefährlichen Gegenwart muss die Bayerische Volkspartei fordern, dass jede Fraktion, die in Bayern an der Regierungsbildung beteiligt sein will, für ihre Gesamtpartei die Verpflichtung übernimmt, in der deutschen Republik die Freiheit und Selbständigkeit des Staates Bayern in allem zu verteidigen und die Hoheitsrechte des bayerischen Staates vor allem auch auf dem Gebiete der Polizei zu wahren."

Die Verhandlungen zur Neubildung der parlamentarischen Mehrheitsregierung sollen innerhalb 10 Tagen aufgenommen und möglichst rasch zum Abschluss gebracht werden.

SPD. In Berlin erschien am Mittwoch vor dem polizeilich besetzten "Karl-Liebkecht-Haus" ein SA-Sturm. Der Führer hielt eine Ansprache. Dann wurde auf dem Gebäude eine Hakenkreuzfahne gehisst.

In Dortmund sind 46 Kommunisten und mehrere Zettelverteiler der Eisernen Front verhaftet worden. Hagen meldet 32 verhaftete Kommunisten, Bielefeld 24, Rostock 21, Augsburg 10, Flensburg 6. In Thüringen sind auch die kommunistischen Landtagsabgeordneten verhaftet worden.

SPD. Alle preussischen Zeitungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind nach Auskunft der Politischen Polizei auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat auf 14 Tage ohne Angabe von Gründen verboten.

SPD. Der Parteivorstand teilt mit:

"Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ist am Abend desselben Tages im Rundfunk u.a. auch mit der Behauptung begründet worden, es bestehe "der begründete Verdacht, dass im Zusammenhang mit der Brandstiftung eine Verbindung zu Parteistellen der Sozialdemokratischen Partei bestanden habe".

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich bisher vergeblich bemüht, zu erfahren, auf welchen Tatbestand sich dieser angeblich begründete Verdacht stützt. Es ist ihm darüber noch immer weiter nichts bekannt, als dass der Anstifter des Reichstagsbrandes, dem amtlichen preussischen Pressedienst zufolge, "die Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei zugegeben haben soll".

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt darum nochmals, dass jene Behauptung des festgenommenen Verbrechers, mit der die völlige Unterbindung der sozialdemokratischen Wahlarbeit begründet wird, eine Unwahrheit ist."

SPD. Im Auftrag des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei und des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion überreichte der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Hertz, dem Oberreichsanwalt am Mittwoch die Erklärung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, in der die Behauptung über eine Verbindung zwischen dem Brandstifter im Reichstag und der Sozialdemokratischen Partei bzw. Reichstagsfraktion als unwahr bezeichnet wird. Er erklärte zugleich, dass der Abgeordnete Wels als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei und der Abgeordnete Dr. Breitscheid als Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie auch alle übrigen Mitglieder der Vorstände dem Oberreichsanwalt jederzeit zur Verfügung ständen. Er bat um sofortige Vernehmung dieser Personen.

Der Oberreichsanwalt nahm diese Erklärung zur Kenntnis. Er bemerkte jedoch, dass er zurzeit Schritte nicht unternehmen könne, da ihm die Ermittlungsakten noch nicht vorliegen.

SPD. Breslau, 1. März (Eig. Drahtb.)

In Gleiwitz drangen SA-Leute in die Geschäftsstelle des sozialdemokratischen "Oberschlesischen Volksblatt", rissen die aushängenden Zeitungen herunter und drohten den Angestellten mit Schlägen für den Fall des Wiederaushangs der Zeitungen. Dann zog der Trupp zum Arbeitsamt und verlangte dort, dass nur noch an Nationalsozialisten Wohlfahrtsgelder ausgezahlt werden sollen. Mehrere kommunistische Arbeiter wurden vor dem Arbeitsamt niedergestochen und schwer verletzt.

SPD. Dessau, 1. März (Eig. Drahtb.)

Das Druckereigebäude des "Volksblatt für Anhalt" ist am Mittwoch Nachmittag von der Dessauer Polizeiverwaltung geschlossen worden. Die Räume wurden versiegelt.

SPD. Die sozialdemokratische "Volkswacht" in Bernburg und ihr Kopfblatt, der "Volkswille" in Cöthen, sind bis einschliesslich 4. März vom anhaltischen Staatsministerium verboten worden.

SPD. Breslau, 1. März (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch wurden der Gauvorsitzende des Reichsbanners von Mittelschlesien Hermann, der technische Führer Funke, sowie der Breslauer Ortsführer des Reichsbanners Alexander verhaftet. Bei dem Ortsvereins-Vorsitzenden der SPD, Zimmer, erfolgten Haussuchungen, die ergebnislos waren. Der Ortssekretär der Breslauer SAP Rausch wurde ebenfalls festgenommen.

SPD. Stuttgart, 1. März (Eig. Drahtb.)

Die württembergische Regierung hat auf Ersuchen der Reichsregierung mit sofortiger Wirkung sämtliche in Württemberg erscheinende kommunistische Zeitungen und Druckschriften sowie alle kommunistischen Versammlungen verboten. Alle kommunistischen Druckschriften einschliesslich Plakate und Flugblätter wurden beschlagnahmt.

SPD. Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe ist vom 28. Februar 1933 datiert und hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

1. Abschnitt

Verschärfung der Vorschriften gegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse

§ 1

Wer Landesverrat oder Verrat oder Ausspähung militärischer Geheimnisse begeht, kann bestraft werden

1. bei schwerem Verrat militärischer Geheimnisse (§ 1 Abs. 3 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse) mit dem Tode;
2. bei Landesverrat nach § 92 Abs. 1 des Strafgesetzbuches und bei Verrat militärischer Geheimnisse nach § 1 Abs. 1, 2 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus;
3. bei Ausspähung militärischer Geheimnisse (§ 3 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse) mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren.

§ 2

1. Wer durch Fälschung oder Verfälschung von Gegenständen, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Echtheit für das Wohl des Reichs erforderlich wäre, in der Absicht hergestellt, sie einer ausländischen Regierung bekanntzumachen oder öffentlich mitzuteilen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

2. Ebenso wird bestraft, wer Gegenstände oder Nachrichten, von denen er weiss, dass sie falsch sind, und deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Echtheit oder Wahrheit für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, der ausländischen Regierung bekanntmacht oder öffentlich mitteilt, ohne sie als falsch zu bezeichnen.

3. Wer sich Gegenstände der im Abs.2 bezeichneten Art in der Absicht verschafft, sie einer ausländischen Regierung bekanntzumachen oder öffentlich mitzuteilen, ohne sie als falsch zu bezeichnen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

4. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnis nicht unter einem Jahr ein.

§ 3

1. Wer Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimnis vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, wenn sie nicht bereits der ausländischen Regierung bekannt oder öffentlich mitgeteilt worden wäre, öffentlich mitteilt oder erörtert und dadurch das Wohl des Reiches gefährdet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Es macht keinen Unterschied, ob die Gegenstände oder Nachrichten echt oder falsch, wahr oder unwahr sind.

2. Die Tat wird nur auf Antrag der Reichsregierung verfolgt. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

§ 4

Auf Verbrechen und Vergehen gegen die §§ 2, 3 dieser Verordnung finden die Vorschriften des § 4 Abs.2 Nr.2 des Strafgesetzbuches Anwendung.

2.Abschnitt

Bekämpfung hochverräterischer Umtriebe

§ 5

1. Ist bei einem Hochverrat die Tat darauf gerichtet, die Reichswehr oder die Polizei zur Erfüllung ihrer Pflicht untauglich zu machen, das Deutsche Reich und seine Länder gegen Angriffe auf ihren äusseren oder inneren Bestand zu schützen, so ist auf die in den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches angedrohte Zuchthausstrafe zu erkennen.

2. Bei mildernden Umständen ist die Strafe in den Fällen des § 81 des Strafgesetzbuches Zuchthaus, in den Fällen der §§ 83 bis 85 des Strafgesetzbuches Gefängnis nicht unter einem Jahre, in den Fällen des § 86 des Strafgesetzbuches Gefängnis von einem bis zu drei Jahren.

§ 6

1. Wer eine Druckschrift, deren Inhalt durch Anforderung oder Anreizung zum gewaltsamen Kampf gegen die Staatsgewalt oder zu dessen Vorbereitung oder durch Aufforderung oder Anreizung zu einem hochverräterischen Bestrebungen dienenden Streik in einem lebenswichtigen Betrieb, Generalstreik oder anderen Massenstreik oder in anderer Weise den Tatbestand des Hochverrats (§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches) begründet, herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung vorrätig hält, obwohl er bei sorgfältiger Prüfung der Schrift den strafbaren Inhalt hätte erkennen können, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

2. Auf Gegenstände, die zur Begehung eines nach dieser Vorschrift strafbaren Vergehens gebraucht oder bestimmt sind, findet § 86a des Strafgesetzbuches entsprechende Anwendung.

3. Abschnitt

Vorschriften

über Zuständigkeit und Strafverfahren

§ 7

1. Für Verbrechen und Vergehen gegen die §§ 2, 3 dieser Verordnung gilt § 134 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

2. Für Vergehen gegen § 6 sind die Amtsgerichte zuständig. § 6 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz findet keine Anwendung.

§ 8

1. In den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Strafsachen können die nach den Vorschriften der Strafprozessordnung im vorbereitenden Verfahren dem Amtsrichter obliegenden Geschäfte auch durch einen oder mehrere besondere Ermittlungsrichter des Reichsgerichts vorgenommen werden. Die Bestellung sowie die Verteilung der Geschäfte unter mehrere Ermittlungsrichter erfolgt durch den Reichsminister der Justiz auf die Dauer eines Geschäftsjahres. Zum Ermittlungsrichter kann jedes Mitglied eines deutschen Gerichts und jeder Amtsrichter bestellt werden.

2. Ueber die Beschwerde gegen die Verfügung des Ermittlungsrichters entscheidet das Reichsgericht.

3. Die zur Durchführung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlässt der Reichsminister der Justiz.

§ 9

Ist eine Druckschrift nach § 23 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzbl. S. 65) oder nach § 8 der Verordnung zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 35) beschlagnahmt worden, weil der Inhalt der Schrift den Tatbestand einer zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden strafbaren Handlung begründet, so gelten, wenn ein Ermittlungsrichter des Reichsgerichts bestellt ist, folgende Vorschriften:

1. Ueber die Bestätigung der Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme hat an Stelle des Amtsrichters der Ermittlungsrichter des Reichsgerichts zu entscheiden.

2. Die Entscheidung muss unverzüglich herbeigeführt werden. Die Behörde, die eine Beschlagnahme ohne Anordnung des Oberreichsanwalts verfügt hat, muss die Absendung der Verhandlungen an den Oberreichsanwalt spätestens binnen zwölf Stunden bewirken. Der Oberreichsanwalt hat den Antrag auf gerichtliche Bestätigung, wenn er die Beschlagnahme selbst angeordnet hat, binnen vierundzwanzig Stunden nach der Anordnung der Beschlagnahme, andernfalls binnen vierundzwanzig Stunden nach dem Empfang der Verhandlungen an den Ermittlungsrichter abzusenden, sofern er nicht die Wiederaufhebung der Beschlagnahme mittels einer sofort vollstreckbaren Verfügung anordnet. Der Ermittlungsrichter hat die Entscheidung binnen vierundzwanzig Stunden nach Empfang des Antrags zu erlassen.

3. An die Stelle der im § 24 Abs. 4 des Gesetzes über die Presse bestimmten Frist tritt eine Frist von sieben Tagen.

4. Gegen den Beschluss des Ermittlungsrichters, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, steht dem Oberreichsanwalt die sofortige Beschwerde zu. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

5. Die Vorschrift des § 26 des Gesetzes über die Presse findet keine Anwendung.

§ 10

1. In den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Strafsachen entfällt die Voruntersuchung, wenn der Tatbestand einfach liegt und sie darum nach dem pflichtmässigen Ermessen des Oberreichsanwalts für die Vorbereitung der Hauptverhandlung nicht erforderlich ist.

2. Das Reichsgericht kann nach der Einreichung der Anklageschrift von Amts wegen oder auf Antrag des Angeschuldigten die nachträgliche Eröffnung einer Voruntersuchung beschliessen, wenn ihm dies zur besseren Aufklärung des Sachverhalts oder für die Vorbereitung der Verteidigung des Angeschuldigten geboten erscheint.

4. Abschnitt

Inkrafttreten der Verordnung

§ 11

§ 6 dieser Verordnung tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft. Im übrigen tritt die Verordnung mit dem vierten Tage nach der Verkündung in Kraft.

SPD. Hamburg, 1. März (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Mittwoch wurde in Hamburg vor einem nationalsozialistischen Verkehrslokal ein Polizeiwachtmeister von unbekannten Tätern durch Revolverschüsse getötet. Der Hamburger Senat hat sofort Massnahmen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung in die Wege geleitet und sämtliche kommunistische Flugblätter, Plakate und Druckschriften beschlagnahmen lassen bzw. verboten. Die Polizei ist in Alarmzustand gesetzt und angewiesen, eine verstärkte Streifenförmigkeit einzuföhren. Weitere Massnahmen hat sich der Senat vorbehalten.

SPD. Der Regierungspräsident in Potsdam und der Landrat des Obertaunuskreises haben die aus SA und Stahlhelm bestehende Hilfspolizei einberufen.

Das demokratische Berliner "8 Uhr-Abendblatt" ist am Mittwoch auf 14 Tage verboten worden.

SPD. Darmstadt, 1. März (Eig. Drahtb.)

In Worms/Rhein kam es in der Nacht zum Mittwoch zu schweren politischen Bluttaten. Zwei Tote und mehrere Verletzte sind die Folgen.

Am Dienstag-Nachmittag verteilten etwa 80 uniformierte Nationalsozialisten unter starker polizeilicher Bedeckung mitten im lebhaften Karnevalstreiben Flugblätter. Es kam zu Streitigkeiten und Schiessereien, wobei einige linksgerichtete Personen verletzt wurden. Zwei Nationalsozialisten, die sich als Kriminalbeamte ausgaben, verfolgten einen verletzten Kommunisten und misshandelten ihn. Der Polizei gelang es, mehrere Schützen der NSDAP festzunehmen.

Nach Mitternacht wurde das Ueberfallkommando vom sozialdemokratischen Volkshaus aus alarmiert. Nationalsozialisten hatten durch die Tür in eine von mehreren hundert Personen besuchte karnevalistische Veranstaltung hineingeschossen. Ein Schuss traf den Gastwirt des Lokals in den Mund, ein Gast erhielt einen Lungenschuss; der Gastwirt verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Gegenüber dem Parteihörm der NSDAP fand gegen Mitternacht ein Arzt einen jungen Kommunisten erschossen auf. Ein 16jähriges Mädchen lag in der Nähe dieses Lokals mit einem schweren Unterleibsschuss. Die Polizeiverwaltung von Worms hat alle Umzüge verboten.

In Hetzbach/Odenwald feuerte ein Nationalsozialist drei Schüsse in einen Lautsprecherwagen der SPD. Die Kugeln drangen in den Führersitz, ohne die Insassen zu verletzen. Der Schütze, ein Versorgungsanwärter der Reichswehr, ist verhaftet.

SPD. Chemnitz, 1. März (Eig. Drahtb.)

Die Chemnitzer "Volksstimme" ist am Mittwoch auf Verlangen der Reichsregierung auf 14 Tage verboten worden. Das Verbot stützt sich auf § 2 der neuen Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat.

SPD. Breslau, 1. März (Eig. Drahtb.)

Ortsfremde Nationalsozialisten, die sich auf dem Wege zu einer Nazikundgebung nach Breslau befanden, verübten am Mittwoch in Ohlau schwere Gewalttaten. Die Hakenkreuzler terrorisierten die ganze Stadt und schlugen Passanten, die als Sozialdemokraten oder Reichsbannerleute bekannt sind, wahllos nieder. Dann verschaffte sich ein Trupp von SS-Leuten gewaltsam in das in einer kleinen Gasse gelegene Ortsbüro des ADGB Eingang. Die Rohlinge zertrümmerten die Tür und misshandelten zwei im Büro anwesende Personen. Einer erhielt einen tiefen Lungenstich, der andere wurde ebenfalls schwer verletzt. Ein Polizeibeamter sah diesem Treiben tatenlos zu. Der Bürgermeister von Ohlau erklärte gegenüber Gewerkschaftsvertretern, dass er gegen diese Ausschreitungen nichts ausrichten könne und machtlos sei.

SPD. Der bayerische Ministerpräsident weilte am Mittwoch zu einer Unterredung mit Herrn Hitler in Berlin. In der Besprechung sollen die wichtigsten, gegenwärtig im Vordergrund stehenden politischen Fragen der deutschen Innenpolitik erörtert worden sein. U.a. wurde dem bayerischen Ministerpräsidenten versichert, dass § 2 der neuen Notverordnung nicht zur Entsendung eines Reichskommissars nach Bayern benutzt wird.

SPD. München, 1. März (Eig. Drahtb.)

Die bayerische Regierung hat am Mittwoch ihre Polizeibehörden durch Funkspruch zum Vollzug aller bisher schon zur Bekämpfung der Kommunisten erlassenen Weisungen angewiesen. Folgende Sondermassnahmen wurden neu angeordnet: Schutz aller öffentlichen Gebäude und lebenswichtigen Betriebe, Erhöhung des Streifendienstes, Verbot der kommunistischen Zeitungen, Beschlagnahme der Plakate, Flugblätter, Verbot der kommunistischen Versammlungen und Verhängung von Polizeihaft für kommunistische Agitatoren. Im Laufe des Tages wurden unter Einsatz von Ueberfallkommandos in allen grösseren Städten Bayerns Haussuchungen in den Geschäftsstellen und Verkehrslökalen der Kommunistischen Partei gehalten und eine grössere Menge Propagandamaterial beschlagnahmt.

SPD. In Berlin ist der grösste Teil der kommunistischen Verkehrslökalen geschlossen worden. Bisher wurden allein in der Reichshauptstadt etwa 200 kommunistische Funktionäre verhaftet. Ein grosser Teil der kommunistischen Führerschaft ist inzwischen ins Ausland geflohen.

SPD. Prag, 1. März (Eig. Drahtb.)

Aussenminister Benesch hielt am Mittwoch vor den Auswärtigen Ausschüssen der beiden Kammern eine längere Rede, in der er u.a. ausführte:

"Ernste Ereignisse in der internationalen Politik veranlassen uns zur Fer-

tigungstellung des Organisationspaktes der Kleinen Entente. Der Pakt ist kein geheimer Militärvertrag, sondern ein politisches und wirtschaftliches Programm. Sein Charakter ist durchaus friedlich. Er ist gegen keinen Staat, auch nicht gegen Italien oder Ungarn gerichtet. Wir sind bereit, Ungarn alle Garantien für Ruhe und Sicherheit zugeben, die Europa von uns verlangen wird. Mit Deutschland hatten wir 14 Jahre lang keinen ernstesten Konflikt. Wir haben keine Grenzstreitigkeiten und wollen auch mit dem heutigen Deutschland in Frieden leben. Die Kleine Entente, die gelegentlich der habsburgischen Gefahr gegründet wurde wird immer mehr ein unüberwindliches Hindernis für die Rückkehr der Habsburger bleiben. Mit Habsburg ist es für immer Schluss. Der Pakt wurde unterzeichnet, um unsere gemeinsamen Interessen für die Zukunft zu sichern, unser Gebiet unantastbar zu machen und überall und unter allen Umständen sich für die Achtung der internationalen Verpflichtungen einzusetzen. In Deutschland und Österreich begreifen bereits einige Kreise, dass die Kleine Entente ein Mittel zur friedlichen Entwicklung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa, insbesondere was das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich anbelangt, betrachtet werden kann. Wir hegen Befürchtungen über das, was aus der Abrüstungskonferenz hervor gehen wird. Einige Staaten verlangen von anderen die Abrüstung um selbst aufrüsten zu können. Sollte die Abrüstungskonferenz mit einem Misserfolg enden, dann werden neue diplomatische Schwierigkeiten in Europa entstehen. Es ist insbesondere notwendig, vor allem Ruhe, Besonnenheit und feste Nerven zu den Vorgängen in der Nachbarschaft zu bewahren.

SPD. Leipzig, 1. März (Eig. Drahtb.)

Die sächsische Regierung hat den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Leipzig Fleissner beurlaubt. Ausserdem wurden die Stellvertreter der sozialdemokratischen Amtshauptleute von Zittau und Chemnitz mit der selbständigen Erledigung der Polizeigeschäfte beauftragt, mithin den sozialdemokratischen Amtshauptleuten diese Befugnis entzogen.

SPD. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinig hat an den Reichsminister Hugenberg als Reichskommissar für die Osthilfe folgenden Brief gerichtet :

"Sehr geehrter Herr Minister! Mit Bezug auf die von Herrn Minister a.D. Neuhaus an meinen Parteifreund Wissell und mich gerichtete Aufforderung zur Teilnahme an der Regierungskommission zur Untersuchung der Osthilfe teile ich Ihnen gleichzeitig namens meines Parteifreundes Wissell folgendes mit: Solange die Sozialdemokratische Partei auf Grund der Aussage eines Verbrechens diffamiert und ihr die Möglichkeit zur Führung des Wahlkampfes genommen ist, sind wir nicht in der Lage, uns an einer von der Reichsregierung geführten Untersuchung der Osthilfe zu beteiligen."

+ + +
Ueber die Diäten für die kommunistischen Abgeordneten ist eine Auszahlungssperre verhängt worden, so dass die am 1. März fälligen Beträge für den neuen Monat an die Mitglieder der kommunistischen Reichstagsfraktion nicht mehr ausgezahlt worden sind. Der finanzielle Effekt dieser Massnahme ist allerdings nicht erheblich, da die Reichstagsabgeordneten nur noch bis zum Neuwahltag, also bis zum 5. März, Anspruch auf Aufwandsentschädigung haben.

SPD. Darmstadt, 1. März (Eig. Drahtb.)

Die hessische Regierung hat zur strengsten Untersuchung der blutigen Vorgänge in Worms einen besonderen Beamten der Staatsanwaltschaft nach dort entsandt. Er führt zusammen mit dem Landeskriminalamt die Untersuchung. Die gesamte hessische Polizei ist inzwischen in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden.

Zur Sicherung des Landtags, der Dienstgebäude und der lebenswichtigen Betriebe sind alle erforderlichen Massnahmen getroffen. Ueberall hat eine verschärfte Kontrolle der Kommunistischen Partei eingesetzt. Besonders in Offenbach und Mühlheim am Main wurden an vielen Stellen Haussuchungen bei Kommunisten abgehalten und zahlreiches Schriftenmaterial beschlagnahmt. Waffen wurden nicht gefunden. Auch die Vermutung, dass die hessische KPD eine besondere hessische Parteizentrale errichtet habe, fand bei den vorgenommenen Aktionen keine Bestätigung. Die politische und organisatorische Zentrale der hessischen KPD befindet sich nach wie vor in Frankfurt am Main, wo auch die einzige kommunistische Tageszeitung für Hessen erscheint.

Auf Veranlassung der Reichsregierung wurden in Hessen alle periodischen Druckschriften, Umzüge und Versammlungen der KPD, auch solche in geschlossenen Räumen, verboten. Verboten wurde ferner auf Veranlassung der Reichsregierung das sozialdemokratische Plakat: "1000 Mark Belohnung", das sich mit der Politik der Reichsregierung beschäftigt.

SPD. Braunschweig, 1. März (Eig. Drahtb.)

Der braunschweigische Innenminister hat auf die Dauer von 2 Wochen alle im Freistaat Braunschweig erscheinenden kommunistischen und sozialdemokratischen Druckschriften sowie Aufzüge, öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen und Mitgliederversammlungen der KPD und der SPD verboten. Das Verbot gilt zugleich für alle der KPD und SPD angeschlossenen Organisationen, wie Reichsbanner und Eiserne Front.

SPD. Wien, 1. März (Eig. Drahtb.)

Als Antwort auf die Erklärung der österreichischen Bundesbahndirektion, sie könne die Gehälter an ihre Angestellten nicht mehr ordnungsgemäss auszahlen, ist am Mittwoch die gesamte Eisenbahnerschaft aller Parteirichtungen in einen zweistündigen Proteststreik getreten. Der Streik wurde in ganz Österreich lückenlos durchgeführt. Die Regierung beantwortete den Streik mit der Verhaftung der Streikleitung.

SPD. Paris, 1. März (Eig. Drahtb.)

Kammer und Senat haben die Finanzvorlage am Mittwoch-Vormittag endgültig verabschiedet. Alle Beamtengehälter über 12 000 Mark werden einer ausserordentlichen Steuer von 2 bis 8 Prozent für das Jahr 1933 unterworfen. Der Gesamtertrag der Ersparnisse beläuft sich auf 4,7 Milliarden Francs, während der Regierungsentwurf 5½ Milliarden ursprünglich vorgesehen hatte.

Im Zusammenhang mit der Annahme der Finanzvorlage ist Leon Blum von dem Vorsitz der sozialistischen Fraktion zurückgetreten. Die Fraktion hatte vor der letzten Lesung der Vorlage mit 62 gegen 31 Stimmen beschlossen, bei den Beamtengehältern für eine Freigrenze von 12 000 Francs zu stimmen, obwohl die Gewerkschaften mitgeteilt hatten, dass sie jede Senkung der Freigrenze unter 15 000 Francs ablehnen. Gemäss dem Fraktionsbeschluss stimmte

auch Léon Blum im Plenum für die Regierung, legte dann aber sein Amt als Vorsitzender nieder. 20 sozialistische Abgeordnete der Minderheit, darunter Lebas, Bracke, Salengro und Monnet, stimmten gegen die Regierung.

SPD. Breslau, 1.März (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch wurden bei mehreren Führen der Eisernen Front in Breslau sowie im Oelser Volkshaus wieder Haussuchungen vorgenommen, die sämtlich ergebnislos verliefen.

Von den Führern der Eisernen Front in Breslau wurde auch der technische Leiter des Ortsvereins Breslau des Reichsbanners, Billert, verhaftet. Insgesamt sind in der schlesischen Hauptstadt im Laufe der letzten beiden Tage 27 führende Funktionäre der Linksparteien festgenommen worden. Bei den Haussuchungen in den Räumen von Organisationen der KPD und der SAP beschlagnahmte die Polizei 120 Zentner Druckschriftenmaterial. Alle für den 1.März angesetzten Versammlungen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Breslau wurden auf Grund der Notverordnung vom 4.Februar verboten.

SPD. Hannover, 1.März (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch besetzte ein grosses Polizeiaufgebot das Gewerkschaftshaus. Nach einer mehrstündigen Haussuchung wurde das Gebäude wieder freigegeben. Die Durchsuchung verlief ergebnislos.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf W

Aus aller Welt

Die Cowboys von Kopenhagen.

Eine Lasso-Bande macht die dänische Hauptstadt unsicher.

SPD. Kopenhagen, Ende Febr. (Fig. Ber.)

Das stille Dänemark war im kriminalistischen Sinne nie sonderlich interessant. Seit 50 Jahren hat es in Dänemark keine Hinrichtung mehr gegeben; Kapitalverbrechen sind hier so selten, dass eine dänische Kriminalstatistik schon Jahrzehnte zusammenrechnen muss, um eine nennenswerte Anzahl schwerer Fälle zusammenzubekommen. Auch schon äusserlich sieht man der Polizei dieses friedfertigen Landes die Gemütlichkeit und Ruhe, mit der sie ihren Dienst versieht, an. Der dänische Schutzmann ist vollkommen unbewaffnet; in seinem schwarzen feierlichen Rock macht er einen ebenso gemütlichen Eindruck wie das Leben des Landes, das er repräsentiert. Und die Kriminalkommissare der Stadt Kopenhagen sitzen mit Vorliebe am Pavillon auf der Langen Linie, blicken auf das Meer und die promenierenden Kopenhagener und danken Gott, dass Dänemarks Hauptstadt so wenig Ähnlichkeit mit Chicago hat...

Auf einmal aber ist jetzt das Land der guten Butter aus seiner behäbigen Ruhe gestört. Die Beamten der Kopenhagener Kriminalpolizei rasen aufgeschreckt durch die Stadt, die Bevölkerung ist nervös, die Schutzleute bekommen Revolver! Diese Erregung ist durchaus nicht grundlos: eine Räuberbande, die auf ganz eigenartige Weise arbeitet, macht jetzt Dänemarks Hauptstadt unsicher und versetzt das ganze Land in Aufregung.

Die Katastrophe begann damit, dass der Bürochef einer Bank ruhig seinen Spaziergang durch das ebendliche Kopenhagen machte. Als er heimkehrend seine Haustür erreicht hatte, schwirrte plötzlich eine regelrechte Lassoschlinge durch die Luft und legte sich um seinen Hals: ein Ruck, und der Bürochef stürzte besinnungslos hin. Passanten fanden ihn weniger Minuten später auf, noch immer war er bewusstlos, und um den Hals lag noch immer die Schlinge. Die dick gefüllte Brieftasche des Ueberfallenen aber war verschwunden.

Schon einen Tag später geschah ein Verbrechen der gleichen Art. Mitten auf der Strasse wurde einem reichen Kaufmann aus einer Hausecke heraus ein Lasso über den Kopf geworfen. Auch diesmal hatte der Täter meisterhaft gezielt. Ehe der Ueberfallene auch nur schreien konnte, zog ihn die furchtbare Schlinge in die Ecke; ohnmächtig, der Luft beraubt, stürzte er hin, und sofort war auch die Brieftasche verschwunden. Kurz darauf meldeten die Blätter noch von einem dritten Lessoraub; diesmal war den Verbrechern eine Frau zum Opfer gefallen.

Und so mehrten sich die Nachrichten von den Lassoüberfällen aus allen Teilen Kopenhagens. Die Räuber arbeiten mit solch unheimlich Sicherheit und werfen die Schlinge so geübt, dass man vermutet, frühere amerikanische Cowboys vorsich zu haben. Aber - praktisch hat man sie leider noch nicht vor sich. Die dänische Polizei arbeitet fieberhaft. Grosse Belohnungen sind für den Fang der Lessoräuber ausgesetzt. Die Kopenhagener Bürger gehen durch die abendlichen Strassen wie auf Kriegspfaden.

Nur ein paar tüchtige Geschäftsleute freuen sich über die "Cowboys". Sie verkaufen einen "Lassoschutz"; er besteht aus einem hohen, fest gebauten Aluminiumkragen, der an den Hals gelegt wird, um so die Gurgel vor der furchtba-

ren Schlinge zu schützen. Das Geschäft geht recht gut. Schon am ersten Fabrikationstag wurden 3 000 solcher Aluminiumkragen angefertigt. Der Fremde, der jetzt nach Kopenhagen kommt und sieht, wie so viele Bürger jetzt den Kopf hoch tragen, glaube also nicht, dass der Stolz des alten Vikingervolkes aufs neue erwacht ist - er sieht vielmehr nur Männer mit dem "Lassoschutz" um den Hals, die nun tapfer auf neue Ueberfälle warten und die Räuber zu fangen hoffen. Bis jetzt ist es allerdings noch keinem gelungen.

-us.

+ + +
Seifferts Prief. Der Dessauer Prozess gegen den Berliner Bankdirektor Seiffert, der des Meineids beschuldigt wird, geht nur langsam vorwärts. Der Angeklagte wird durch ein auch im Druck erschienenenes Schreiben, das er dem Untersuchungsausschuss des anhaltischen Landtags überreicht hatte, stark belastet. In diesem Schreiben steht, dass die anhaltischen Abgeordneten Günther und Marzahn vor Beendigung der dritten Lesung der Preussag-Vorlage im anhaltischen Landtag geldliche Vorteile hätten erwarten können und dass die Zahlung der Gelder durch Seiffert um den 8. Oktober herum erfolgen soll. Seiffert behauptet nun, dass der Untersuchungsausschuss ein falsches Protokoll aufgenommen habe; ausserdem will er den erwähnten Brief gar nicht zum Gegenstand seiner eidlichen Aussage gemacht haben. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird festgestellt, dass jener Brief zwar von Seifferts damaligen Rechtsvertreter, dem inzwischen verstorbenen Justizrat Cohn, angefertigt worden ist, dass Seiffert aber ohne den Willen seines Anwalts nachträglich noch Änderungen in dem Schreiben vorgenommen hat. Chefredakteur Fritsche vom "Grundbesitz" in Berlin bekundete als Zeuge, dass er in seiner Zeitung einen Bericht über die "Korruptionsaffäre im anhaltischen Landtag" veröffentlicht habe, demzufolge Seiffert Beträge in Höhe von 10 000 und 20 000 Mark an die Abgeordneten Günther und Marzahn gezahlt habe. Professor Alsberg, der Verteidiger des Angeklagten, wies darauf hin, dass Seiffert seine angeblich falschen Angaben vor dem Untersuchungsausschuss aus politischen Gründen gemacht habe; selbst im Falle einer Schuldisprechung müsse sein Verbrechen unter die Amnestie fallen.

+ + +
"Vermittlung von Freundschaft". Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Oberleutnant a.D. Seveloch wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften zu 200 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte ist der Leiter eines "Instituts zur Vermittlung von Freundschaft", das "zwanglose Begegnungen von Damen und Herren der besten Gesellschaft, anonym und diskret unter Ausschluss von Geldinteressen" arrangiert. Um für sein Institut zu werben, hatte Seveloch auf den Strassen im Westen Berlins Handzettel verteilen lassen, die den Gegenstand der Anklage bildeten.

+ + +
Amtsrichter als Kreditschwindler? Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den bisher bei der Grundbuchabteilung beim Amtsgericht Berlin-Mitte beschäftigten Amtsgerichtsrat Paul M. Anklage wegen Betruges und Kreditschwindels erhoben. Der Amtsgerichtsrat hat gemeinsam mit zwei Justizinspektoren für einen anderen Justizangestellten eine Bürgschaft übernommen. Die dem Notar gemachte Bürgschaftserklärung enthielt u.a. die Versicherung, dass die Gehälter der Bürgen weder gepfändet noch abgetreten seien. Als später die Bürgen haftbar gemacht werden sollten, stellte sich heraus, dass auch bei ihnen ebenso wie dem Kreditnehmer eine Pfändung fruchtlos ausgefallen war, weil ihre Gehälter schon vorher verpfändet worden waren. Die direkt durch den zahlungsunfähigen Kreditnehmer und indirekt durch den Amtsgerichtsrat und die beiden Justizinspektoren geschädigte Genossenschaft erstattete Anzeige.



Stand der Wirtschaft.

(Handelspolitik drückt auf den Beschäftigungsgrad.)

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut veröffentlicht in seinem letzten Vierteljahresheft eine Uebersicht über den Konjunkturverlauf der einzelnen Wirtschaftszweige während der letzten Monate, die im grossen und ganzen nicht dazu angetan ist, Wirtschaftsoptimismus zu wecken. Zahlenmässig lässt sich der Konjunkturverlauf wie folgt kennzeichnen: Die deutsche Produktionsziffer, Produktion im Jahre 1928 = 100 gesetzt, erreichte ihren tiefsten Stand im August 1932 mit 58,5. Bis November 1932 stieg der Produktionsindex auf 62,3; seitdem fällt er wieder. Im Dezember 1932 betrug er beispielsweise 61,2. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Belebung in der deutschen Wirtschaft während des Sommers 1932 nichts anderes als eine Folge der Belebung an den grossen Rohstoffmärkten (Steigerung der Preise für Wolle, Baumwolle, Kupfer, Gummi usw.) war. Seitdem die Hausse an den Rohstoffmärkten versackt ist, weil der letzte Verbraucher nicht genügend aufnahmefähig war und weil die Belebung in der Weltwirtschaft auf starke Hindernisse (Schuldenverhandlungen, amerikanische Präsidentenwahl, chinesisch-japanischer Konflikt, Steigerung des Zollprotektionismus usw.) stiess, ist es auch mit der Belebung in der deutschen Wirtschaft vorbei.

Daran können besondere Erscheinungen z.B. der Mehrabsatz an Kohle und die bessere Beschäftigung in der Eisenindustrie nichts ändern, weil die spärliche Belebung hier auf besonderen Aufträgen, den bekannten Russenaufträgen, beruht. Für die zukünftige Entwicklung muss man berücksichtigen, dass die politischen Verhältnisse starke Unruhe in die Wirtschaft tragen. Ausserdem weiss man nicht, was der Bankenkrach in Nordamerika, der jetzt schon in New-York zu einem Sturm (Run) der Sparer auf die Banken geführt hat, noch für Europa bringen wird.

Für die Landwirtschaft stellt das Konjunkturforschungsinstitut fest, dass die Preise weiter abbröckelten, "infolge der äusserst beschränkten Aufnahmefähigkeit der Konsumenten". Die gedrosselte Kaufkraft der Verbraucher zieht sich überhaupt wie ein roter Faden durch den Bericht des Instituts. Darauf werden u.a. die Rückschläge in der ledererzeugenden und lederverarbeitenden Industrie zurückgeführt, der gegenüber "sich Handel und Konsumenten erneut zurückhalten". Das Konjunkturforschungsinstitut tröstet allerdings durch Hinweis auf die Wahrscheinlichkeit, dass "diese Rückschläge nicht anhalten werden, da die Verbrauchereinkommen nicht mehr zurückgehen". Das ist ein recht schlechter Trost. Schon allein die Verteuerung der Lebenshaltung, die infolge der letzten durch das Kabinett Hitler vorgenommenen Zollerhöhungen eintreten muss, wird sich zu Ungunsten vieler Wirtschaftszweige auswirken müssen. Ausserdem macht sich, wie das Konjunkturforschungsinstitut in seinem Bericht mehrfach betont, immer mehr die Abwehr des Auslandes gegen die Einfuhr deutscher Waren bemerkbar. So wirkt der neue Kurs in der deutschen Handelspolitik nach zwei Seiten erschwerend für die Beschäftigung der deutschen Wirtschaft.

Die Lage des Handwerks wird als "aufs Äusserste gedrückt" geschildert. Im Zusammenhang mit den Arbeitsbeschaffungsmassnahmen hat die Beschäftigung nur in einzelnen Baunebengewerben zugenommen. Beim Einzelhandel sind die Um-

satzrückgänge stärker hervorgetreten. Die Belebung der Maschinenindustrie erklärt sich zum grössten Teil aus Russenaufträgen. In der Eisenindustrie bestehen begründete Aussichten auf eine rasche Zunahme der Investitionstätigkeit (Neubauten usw.) nicht. Die Preisgestaltung an den internationalen Eisenmärkten lässt auch eine baldige Exportbesserung nicht erwarten. Für die Textilindustrie werden stärkere Rückschläge festgestellt, nachdem sich bis November 1932 eine Art Sonderkonjunktur durchsetzen konnte. Der Inlandsverbrauch an Artikeln der feinkeramischen Industrie wird als gering bezeichnet. Nachgelassen hat auch der Inlandsabsatz in der Spielwarenindustrie, während der Auslandsabsatz auf erhebliche Schwierigkeiten stösst.

SPD. Der Abschluss der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) überrascht dadurch, dass dieses Mal ein Reingewinn von 8,3 Millionen Mark ausgewiesen wird gegenüber nur 1 Million Mark im Vorjahre. Allerdings benutzt die Seehandlung allein 7 Millionen Mark, um ihr Grundkapital von 21 auf 28 Millionen Mark zu erhöhen. In dem ausgewiesenen Reingewinn stecken auch 2,2 Millionen Mark Gewinn aus Gemeinschaftsgeschäften und Wertpapieren, die in den früheren Bilanzen nicht ausgewiesen wurden und von vornherein den stillen Reserven zufließen. Im übrigen haben sich die Zinseinnahmen von 8,2 auf 9,8 Millionen Mark gesteigert. Auf der Ausgabe Seite trat eine Senkung der Verwaltungskosten von 5,3 Millionen Mark im Jahre 1931 auf 4,3 Millionen Mark im Jahre 1932 ein. Dieses Kostenersparnis ist lediglich eine Folge des Gehaltsabbaus, der sich sehr schlecht mit der Entwicklung bei der Seehandlung vereinbaren lässt. Aus dem Gewinnrest werden 2 Millionen Mark an den preussischen Staat abgeführt; vorgetragen werden 650 000 Mark.

Der Umsatz der Seehandlung ging im verflossenen Jahr von 33,5 Milliarden auf 25,8 Milliarden Mark zurück. Man erhält durch diese Zahlen eine Vorstellung von der Lähmung des Geldverkehrs und von der heftigen Erkrankung unserer Wirtschaft. In diesem Zusammenhang interessieren die von der Seehandlung mitgeteilten Zahlen über die Anforderung an die deutschen Banken während des bisherigen Verlaufs der Krise. Infolge der Unsicherheit und der Unruhe, der ungeheuren Misstrauenswelle, die nicht zuguterletzt durch die nationalsozialistische Agitation, durch das Geschwätz über Binnenmark usw., dann aber auch durch die Eingriffe der Reichsregierung in die Kapitals- und Geldmärkte ausgelöst wurde, verringerten sich die Kreditoren bei den deutschen Banken von 20,1 Milliarden Mark im Juni 1930 auf 12,9 Milliarden Mark im November 1932. In rund zwei Jahren haben die deutschen Banken 7,1 Milliarden Mark, also 1/3 ihres Bestandes an Einlagen, Spargeldern usw., zurückgezahlt. In keinem anderen Lande hat sich die Misstrauenswelle stärker ausgeprägt. Die anderen Länder haben aber auch nicht derartige Unruheherde, mit denen Deutschland leider zu rechnen hat. Die Seehandlung konnte allerdings ihre Kreditoren im Laufe des Jahres 1932 von 900,4 Millionen auf 916,9 Millionen Mark erhöhen. Anscheinend erfolgten die Mehreinzahlungen bei der Seehandlung durch Banken und Sparkassen, die ja gezwungen sind, grössere, sofort greifbare Auszahlungsréserven zu unterhalten. Die Debitoren sind weiter zurückgegangen. Sie machten Ende 1930 über 700 Millionen Mark aus, senkten sich im Jahre 1931 auf 550 Millionen und betrugen Ende 1932 nur noch 502 Millionen Mark. Diese Schrumpfung veranschaulicht den Fortschritt der Wirtschaftskrise in Deutschland. Der Bestand an eigenen Wertpapieren senkte sich von 59 Millionen auf 30 Millionen Mark. Trotz Kursstützungsmassnahmen, zu der die Seehandlung im Laufe des Jahres gezwungen war, konnte sie einen erheblichen Teil ihres Wertpapierbestandes abstossen. Andererseits haben sich Schecks und Wechsel von 27,4 Millionen auf fast 103 Millionen Mark gesteigert.

Ihren Geschäftsbericht leitet die Seehandlung mit den Feststellungen ein, "dass nach drei schweren Krisenjahren die wirtschaftliche Lage am Ende

des Jahres 1932 zum ersten Mal wieder ein hoffnungsvolleres Bild bietet: das Vertrauen in Deutschland ist wieder im Wachsen." Ähnliche Feststellungen haben wir bereits vor Wochen in dem Geschäftsbericht der Deutschen Kommunalbank gelesen. Hier wie da müssen wir darauf hinweisen, dass man gut tut, derartige Feststellungen nicht ungesehen hinzunehmen. Die Verhältnisse haben sich in den letzten Wochen derart, aus inländischen und ausländischen Unruhen heraus, kompliziert, dass Urteile, wie sie im Bericht der Seehandlung gegeben werden, sicherlich überholt sind bzw. nicht mehr in dem Masse zutreffen, wie in dem Augenblick, als sie zu Papier gebracht wurden.

(Dieser Bericht darf erst am Freitag veröffentlicht werden.)

SPD. Im Monat Februar hat sich die Senkung des Teuerungsindex, wenn auch geringfügig, fortgesetzt. Wie bisher beruht die Verringerung des Teuerungsindex auf einer Abflachung des Ernährungsindex. Nun muss man damit rechnen, dass infolge der neuen Zölle eine wesentliche Verteuerung des Lebensunterhalts eintritt. Wie sich das auf den Teuerungsindex auswirkt, werden die nächsten Monate ergeben müssen. Ueber die Entwicklung des Index im Monat Februar selbst teilt das Reichsstatistische Amt folgendes mit:

"Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Sonstiger Bedarf") ist im Durchschnitt des Monats Februar 1933 um 0,4 vH auf 116,9 (gegenüber 117,4 im Vormonat) zurückgegangen. Es haben nachgegeben die Indexziffern für Ernährung um 0,7 vH auf 106,5, Bekleidung um 0,4 vH auf 111,6 und für sonstigen Bedarf um 0,2 vH auf 162,3. Die Indexziffer für Wohnung ist mit 121,4, die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung mit 136,7 unverändert geblieben. Innerhalb der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Preise für Eier, Butter, Milch und Brot zurückgegangen, während die Preise für Gemüse und Kartoffeln angezogen haben.

SPD. Seit einigen Tagen bemüht sich die Regierung Hitler um die Stützung der Butterpreise. Ähnlich wie auf den Getreidemärkten kauft die Regierung auf den verschiedenen Märkten Butter auf. Diese Butter soll nicht mehr auf den inländischen Märkten gebracht werden. Leider wird nicht mitgeteilt, was mit der Butter geschehen soll. Allem Anschein nach denkt man an Butterexport, der dann zu Preisen erfolgen müsste, die weit unter den von der Regierung gezahlten Preisen liegen. Dass diese Methoden auf die Dauer keine Besserung der Butterpreise bringen können, versteht sich von selbst, da der Butterpreis von der Kaufkraft der inländischen Bevölkerung abhängt.

Infolge der Stützungsaktion der Reichsregierung auf dem Buttermarkt haben die Notierungen ein wenig angezogen. Allerdings hat die Regierung rund 10 000 Zentner an Butter aufkaufen müssen, um diesen geringen Erfolg zu erreichen. Um eine Vorstellung von den in Frage kommenden Mengen zu geben, sei mitgeteilt, dass 10 000 Zentner Butter etwa einem Wochenbedarf der Stadt Berlin entsprechen. Nimmt man an, dass die Regierung die Butter pro Zentner mit 80 Mark bezahlte, dann hat die Stützung bis jetzt die Kleinigkeit von 800 000 Mark gekostet. Das sind Gelder der Steuerzahler. Erreicht wird aber durch eine derartige Verausgabung von öffentlichen Geldern nichts.

SPD. Die amerikanische Bankenkrise scheint ihren Höhepunkt noch nicht überschritten zu haben. Noch immer wird von der Ausdehnung der Auszahlungssperre und Auszahlungsbeschränkung in einzelnen Bundesstaaten und Städten berichtet. Noch immer dauert die Hamsterung von Banknoten fort, die z.T. schon

in Goldhortung umschlägt. An den Schaltern der Bundesreservebanken, die zur Einlösung von Noten in Gold verpflichtet sind, stehen lange Schlangen von Leuten, die von ihrem Einlösungsrecht Gebrauch machen. Zur Noten- und Goldhamsterung im Innern tritt der Druck, der vom Ausland her auf den Dollar ausgeübt wird. Seit vielen Tagen steht der Dollar am bzw. unter dem unteren Goldpunkt, sodaß fortwährend Gold von Amerika nach Europa geschickt werden muss. Trotzdem und trotz der starken inflationistischen Propaganda, die vor allem von Farmerkreisen ausgeht, wird immer wieder versichert, dass Amerika nicht an eine Preisgabe der Goldwährung denkt und stark genug ist, seine Goldwährung zu verteidigen.

Es ist richtig, dass die Aufrechterhaltung der Goldwährung in Amerika vorläufig nur eine Frage des festen Willens und der Energie ist, mit der die Kreditkrise bekämpft wird. Diese Energie ist bis jetzt allerdings nicht allzu stark. Es ist aber immerhin bemerkenswert, dass als wichtigste Massnahme die Unterstellung der sogenannten Nationalbanken (die in Wirklichkeit reine Privatbanken sind) unter die Kontrolle des Kreditkommissars, der bisher nur für die sogenannten Staatsbanken zuständig war, beschlossen wurde. Auch in Amerika beginnt man also einzusehen, dass die Wirtschaft sich nicht mehr selbst überlassen bleiben darf, wenn es nicht immer wieder zu Katastrophen kommen soll.

Im übrigen kommt die amerikanische Bankenkrise nicht unerwartet. Die Fachkreise in aller Welt waren sich schon lange über die schweren Strukturfehler des amerikanischen Bankwesens (stärkste lokale Zersplitterung und Festlegung von Mitteln in Immobiliengeschäften) klar. Statt aber die Wirtschaftskrise zu einer grundlegenden Reform des amerikanischen Bankwesens zu benutzen, hat man die faulen Banken durch ein besonderes Institut, die Refico, mit Milliardenmitteln gestützt, und damit den Ausbruch der Kreditkrise nur auf den ungünstigsten Zeitpunkt verschleppt, den Zeitpunkt nämlich, an dem die ersten Anzeichen des Stillstandes der Abwärtsbewegung sichtbar wurden. Die typisch kapitalistische Methode der Krisenbekämpfung hat also auch hier grausam versagt und das Unglück nur verschärft.

SPD. Die Verschärfung der Bankenkrise in Amerika hat auf die Berliner Wertpapierbörse am Mittwoch keinerlei Einfluss gehabt. Allerdings ist das Geschäft völlig zusammengeschrumpft. Die Berliner Börse liegt gegenwärtig uninteressant und wartet anscheinend darauf, was nach der Wahl am Sonntag wird.

Gemüsemarkt.

SPD. (Antliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision). Weisskohl 50 kg 2,50 - 3,50, Wirsingkohl je nach Sorte 6,50 - 12, Rotkohl 4,50 - 6, Rosenkohl Ia 23 - 27, Mohrrüben gewaschen 3,75 - 4,50, Rübchen 4 - 6, Karotten 10 - 15, Kohlrüben 2,25 - 3,50, Rote Rüben 3 - 4, Schwarzwurzeln Ia 50 kg 20 - 24, Rettiche je nach Grösse Schock 3,50 - 5, Radieschen Schockbund 6 - 8, Meerrettich 50 kg 18 - 22,50, Sellerie je nach Grösse 5 - 10, Porree Schock 1 - 1,50, Petersilie grün je nach Bundgrösse 100 Bd. 2,50 - 10, do. Wurzeln je nach Qual. 50 kg 4 - 8, Edel-Champignons weiss Ia 100 - 110, Zwiebeln (sortiert) grosse 4,50 - 5,50, do. unsortiert 4,25 - 5.

SPD. Die neue agrarpolitische Notverordnung der Regierung Hitler, die in den Regierungsblättern gross als Bauernnotverordnung angekündigt wird, scheint sich auf die Lieferung von Hühnerweizen und auf die Gewährung von Einstellungsprämien beschränken zu wollen.

An Hühnerweizen sollen bis Ende des laufenden Wirtschaftsjahres 300 000 Tonnen geliefert werden. Der Preis, auf den es natürlich bei der ganzen Aktion ankommt, wenn sie den Hühnerhaltern Hilfe bringen soll, steht noch nicht fest. Es handelt sich um den Weizen, den die Reichsregierung an der Berliner Börse aufgekauft hat, um die Getreide- und Futtermittelpreise hochzuhalten. Da diese Mengen nicht exportiert werden können, muss Absatz im Inlande gesucht werden. Bisher wurde den Hühnerhaltern verbilligter Mais geliefert. An die Stelle dieses Mais wird nun Eosinweizen (rotgefärbter Weizen) treten.

Noch weniger als von der Hühnerfuttermittelaktion kann man sich von dem zweiten Punkt der sogenannten Bauernnotverordnung versprechen, nämlich von der geplanten Einstellung von Arbeitslosen in bäuerliche Familienwirtschaften, die die Grösse von 40 Hektar nicht überschreiten dürfen. Die ganze Aktion scheint man so anlegen zu wollen, dass die arbeitgebenden Bauern den Arbeitslosen gegen Kost Beschäftigung gewähren, während die Wohlfahrtsämter die bisherigen Unterstützungen weiter bezahlen. Die Durchführung dieser Projekte, die sicherlich ein besonderes Kapitel romantischer Sozialpolitik darstellen, muss auf die ländlichen Arbeiterlöhne drücken. Im übrigen wäre es Vermessenheit zu glauben, durch derartige Mittel die Arbeitslosigkeit dämmen und dem Bauer helfen zu können.

----- Schwächer. -----

(Berliner Getreidebörse vom 1. März)

SPD. Auch am Mittwoch lag das Mehlgeschäft weiter schwach und fast leblos. Am Promptmarkt mussten die Stützungsstellen wieder eingreifen; deshalb konnten die Notierungen gehalten werden. Auch am Lieferungsmarkt griffen die Stützungsstellen wieder stärker ein. Im grossen und ganzen war die Stimmung für Weizen besser, da man jetzt mehr als bisher an eine baldige Durchführung der Belieferung der Hühnerzüchter mit billigerem Weizen glaubt.

	<u>28.2.</u>	<u>1.3.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	198 - 200	198 - 200
Roggen	153 - 155	153 - 155
Braugerste	172 - 180	172 - 180
Futter- und Industriergerste	163 - 171	163 - 171
Hafer	125 - 128	125 - 128
Weizenmehl	23,50 - 27,00	23,50 - 27,00
Roggenmehl	20,90 - 22,75	20,90 - 22,75
Weizenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00
Roggenkleie	8,75 - 9,00	8,75 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $212\frac{1}{4}$ - $213\frac{1}{2}$ ($212\frac{1}{4}$), Mai $214\frac{3}{4}$ - $215\frac{3}{4}$ ($214\frac{3}{4}$), Roggen März 167 - 168 ($167\frac{1}{2}$), Mai $169\frac{1}{4}$ - 170 ($169\frac{1}{2}$), Hafer März bis $131\frac{3}{4}$ ($130\frac{1}{2}$), Mai $136\frac{1}{2}$ - 137 (136).



Tarifabschluss für das Baugewerbe.

SPD. Im Baugewerbe sind sowohl die Reichstarifvertragsverhandlungen wie die Lohnverhandlungen zu einem Abschluss gekommen. Der bisher geltende Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten ist mit dem 2. März abgelaufen. Der neue Vertrag gilt bis zum 2. März 1935. Das neue Lohnabkommen läuft bis zum 2. März 1934 und bei Nichtkündigung bis zum Ablauf des Reichstarifvertrags.

Die Tarifverhandlungen waren, wie man sich angesichts der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage denken kann, äusserst schwierig. Die Unternehmer traten mit - "der Zeit entsprechenden" - d.h. sehr weitgehenden Abbauforderungen auf, und zwar sowohl bei der Neuregelung der Arbeitsbedingungen wie bei der Neugestaltung der Entlohnung.

Bei der Neuregelung des Reichstarifs gab es stundenlange scharfe Auseinandersetzungen im Kampf um die Spanne zwischen Fach- und Hilfsarbeiterlohn. Die Unternehmer forderten eine Erweiterung der Spanne, es bleibt nun aber im neuen Vertrag bei der bisher geltenden Lohnspanne von 17 Prozent. Scharf umkämpft waren auch die Lehrlings- und Ferienbestimmungen. Hier forderten die Unternehmer glatte Streichung. Sie kamen damit nicht durch. Die bisher geltenden Lehrlingsbestimmungen haben mit einer unwesentlichen Änderung auch unter dem neuen Vertrag Gültigkeit. Die Ferien fallen für das laufende Jahr, also für 1933, weg, der Ferienparagraph tritt jedoch im kommenden Jahr wieder voll in Kraft. Der Ferienverzicht dürfte den Bauarbeitern nicht besonders schwer fallen, weil nur wenige von ihnen so lange in Arbeit standen, dass sie einen Ferienanspruch erwerben konnten.

Vom Handmischen und Einstampfen - diese Arbeit war bisher besser entlohnt - spricht der neue Vertrag in der sogenannten Betonklausel nicht mehr. Die Aufrechterhaltung der Klausel war durch die Veränderung der Arbeitsweise im Betonbau nicht mehr von grosser Bedeutung. Das Gegenstück dazu, eine Klausel, die bisher den Lohn vieler Arbeiter ungünstig beeinflusst hatte, ist ebenfalls beseitigt, nämlich die Bestimmung, wonach Nicht-Facharbeiter, die in den letzten drei Jahren vor ihrer Einstellung keine 4 Monate ununterbrochen im Baugewerbe tätig waren, 10 Prozent weniger Lohn erhalten als Arbeiter der gleichen Gruppen bei längerer Tätigkeit. Es wurde erreicht, dass für nachweislich hauptberufliche Bauhilfsarbeiter Arbeitslosigkeit keine Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit ist und somit die genannte Lohnbeschränkung um 10 Prozent keine Gültigkeit mehr hat. Angesichts der ungeheuer grossen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe war eine solche Bestimmung ein Gebot der Gerechtigkeit.

Die Heraufsetzung der Lebensaltersgrenze für den Bezug des Vollarbeiterlohns und die Einschränkung der Lohnstufen für die Arbeiter unter 21 Jahren - beides wurde vom Unternehmer gefordert - ist unterblieben; es verblieb bei den bisherigen Bestimmungen.

Überstunden sind künftig dann zuschlagspflichtig, wenn sie die Arbeitszeit überschreiten, die für die Sommermonate 1932 bezirklich vereinbart und während dieser Zeit überwiegend in Geltung war. Die Unternehmer hatten gefordert, Überstunden nur dann zuschlagspflichtig sein zu lassen, wenn sie in

14 Tagen 96 Arbeitsstunden überschreiten. Sehr schwierig war auch die Regelung der Aussenseiterfrage. In den letzten Jahren sind zahlreiche Unternehmer aus ihren Verbänden ausgetreten, um von tarifvertraglichen Bindungen frei zu sein und so den Bauarbeitern diktieren zu können. Die Verhandlungen drohten an dieser Frage zu scheitern; sie führten aber schliesslich doch noch zu einer für die Arbeiter erträglichen Formulierung.

Alles in allem konnten in zäher Verhandlungsarbeit von den Gewerkschaften im wesentlichen alle bisherigen Rechte der Bauarbeiter aus dem ablaufenden Vertrag aufrechterhalten werden. Unwesentlichen Verschlechterungen stehen an anderer Stelle Verbesserungen gegenüber. Wenn alle Parteien dem Vertrag zugestimmt haben - die Erklärungsfrist läuft bis zum 18. März - soll sofort die Allgemeinverbindlichkeit beantragt werden.

Bei der Neuregelung der Löhne mussten sich die Arbeitervertreter mit aller Energie gegen den Lohnabbau durch direkten Abbau wie durch Umgruppierung der Orte in niedrigere Lohnklassen zur Wehr setzen. Die Spitzenlöhne für Facharbeiter wurden im allgemeinen um 3 bis 5 Pfennig gesenkt, der Tiefbauarbeiterlohn stellenweise sogar um 6 Pfennig. So wurde z.B. für die Lohngebiete Mittel- und Oberbaden der Spitzenlohn für Fach- und Tiefbauarbeiter um 5 Pfennig abgebaut, in Unterbaden und in der Vorderpfalz für den Facharbeiter um 4 Pfennig, für den Tiefbauarbeiter um 6 Pfennig. Für das Lohngebiet Unterweser-Ems sieht der Schiedsspruch für das Gebiet Bremen die alten Löhne vor, jedoch ergeben sich hier aus der Umgruppierung Lohnsenkungen. Im Lohngebiet Sachsen-Anhalt beträgt der Lohnabbau für Halle 1, für Magdeburg 2 Pfennig. Im Lohngebiet Frankfurt/Main wurde der Lohn für Fach- und Tiefbauarbeiter in der Spitze um 3 Pfennig und für die Fach- und Tiefbauarbeiter am Main-Kanal um 5 Pfennig gesenkt. Für eine Reihe von Lohngebieten wie Nord- und Südbayern, Westdeutschland, Westfalen-Ost-Lippe, Mecklenburg, Rheinland und Kreuznach sind die Verhandlungen gescheitert. Für die Bezirke Giessen, Hanau, Frankenstein, Witzenhausen, Waldeck, Pfalz besteht Aussicht auf Einigung. Für die Gebiete, in denen die Verhandlungen erledigt sind, wurden bereits Anträge auf Allgemeinverbindlichkeit eingereicht.

Was die Unternehmer an Umgruppierung in niedrigere Lohnklassen forderten, hätte bereits einen Lohnabbau bis zu 34 Pfennig pro Stunde bedeutet. Eine ungeheuerliche Forderung angesichts der schon jetzt erbärmlichen Löhne! Die Masslosigkeit der Unternehmer konnten in erbittertem Verhandlungskampf beachtlich zurückgeschraubt werden. Der tatsächliche Abbau bleibt aber angesichts der Tatsache, dass seit 1931 im Durchschnitt die Bauarbeiterlöhne bereits um fast ein volles Drittel gesenkt wurden, schmerzlich genug.

Wir haben eine neue Regierung und - den alten Lohnabbau.

SPD. Der rechtsstehende frühere Reichstagsabgeordnete Arbeitersekretär Hülser-Spandau nahm nach einer Meldung des Politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes in einer Volksdienst-Wehlversammlung in Brockau-Schlesien zum sozialpolitischen Kurs der neuen Regierung Stellung. Auf Herrn Seldte, dem neuen Reichsarbeitsminister, erklärte Hülser, sei eine schwere Verantwortung für die Entwicklung des sozialen Gedankens im rechtsstehenden Bürgertum und des nationalen Gedankens in der deutschen Arbeiterschaft gelegt. "So wie das Kaiserreich", betonte Hülser - "an den ungelösten sozialen Problemen zerbrochen ist, das evangelische Staatskirchentum durch sein Versagen in den sozialen Fragen Millionen evangelischer Arbeiter an eine antichristliche Führung verloren hat, wird auch die neue nationale Regierung ihre entscheidende Bewährungsprobe an den drängenden Aufgaben der Wirtschaft und Sozialpolitik zu bestehen haben."

Wir begreifen sehr gut die Sorge, die aus diesen Worten spricht. Die ist weniger eine Sorge um die Regierung als Sorge um Deutschland. Auch wir haben Sorge um Deutschland, wenn man es uns auch nicht glaubt - grosse Sorge.

SPD. Das Reichskabinett hat die bereits angekündigte Verordnung über die Reform der Krankenkassen verabschiedet; sie ist dem Reichspräsidenten zur Unterschrift zugeleitet worden.

Bei der Verordnung handelt es sich, wie verlautet, um die Umgestaltung des staatlichen Aufsichtsrechts über die Krankenkassen, das sich jetzt auch auf die Fragen der Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung erstrecken soll. Die Reichsregierung wird ermächtigt, Vorschriften über die Verwaltung der Kassen zu erlassen, durch die man eine Verbilligung und Vereinfachung sowie die Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit herbeiführen will.

Die Reformen erstrecken sich nicht auf das private Krankenkassenwesen, auch an den bisherigen Bestimmungen über die Ersatzkassen soll sich nichts ändern.

Ueber die Einsetzung eines Kommissars für das Krankenkassenwesen sind noch keine Bestimmungen getroffen. Hierüber soll erst entschieden werden, wenn das Reichserbeitsministerium eine Reformvorlage ausgearbeitet hat. Erst nach Durchführung der Reform soll die Krankenscheingebühr vollständig beseitigt werden. In der Verordnung selbst ist nur eine Ermässigung der Gebühr auf 25 Pfennig enthalten; von einem Fortfall der Arzneigebühren ist keine Rede.

Wir haben es also zunächst nur mit zwei Tatsachen zu tun: mit der Ermässigung der Krankenscheingebühr auf 25 Pfennig und mit der Ankündigung einer Reform des Krankenkassenwesens. Wie diese Reform aussehen wird, darüber kann man sich auf Grund der bis jetzt gegebenen Mitteilungen noch kein Bild machen. Möglich, dass das neue Regiment versucht, eine grundsätzliche Umgestaltung im Sinne der von der Hugenbergpresse schon lange kolportierten Ideen von Hartz vorzunehmen. Die Hartz'schen Ideen sollen auch beim "Stahlhelm" Eingang gefunden haben. Unter diesen Umständen wäre es für Hugenberg umso leichter, bei einer Krankenkassenneugestaltung das entscheidende Wort zu sprechen.

Eine grundsätzliche Neugestaltung des Krankenkassenwesens lässt sich kaum übers Knie brechen. Die vollständige Beseitigung der Krankenscheingebühr dürfte also noch einige Zeit auf sich warten lassen.

SPD. In England ist bei den Eisenbahngesellschaften die Gefahr eines neuen Lohnabbaus vorläufig wenigstens beseitigt. Die Gesellschaften haben den für eine neue Lohn- und Gehaltssenkung vorgesehenen Termin verstreichen lassen, nachdem bei den Eisenbahnern gegen die Kürzung eine scharfe Abwehrbewegung eingesetzt hatte.

+

In Südafrika hat das Eisenbahnministerium beschlossen, die 1931 durchgeführte Gehaltsherabsetzung von 10 Prozent auf 5 Prozent zu verringern. Die Regierung hat die Eisenbahnen von der Zinsleistung für die ihnen geliehenen 13 Millionen Pfund Sterling befreit. Ab 1. April wird der Zins zur Aufbesserung der Löhne verwendet, wodurch der Gehaltsabbau um die Hälfte abgeschwächt werden kann.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S. P. D.

Berlin, den 1. März 1933.

Das tanzende Sieb.^x

SPD. Es ist zuweilen von unbeschreiblichem Reiz, einmal auf kurze Zeit dem lauten, jagenden, modernen Grosstadtleben entrückt zu sein. Noch nirgends aber habe ich solche Tage so wahrhaft ungetrührt verlebt, noch nirgends waren die Örtlichkeiten imstande, mich die Gegenwart so vollständig vergessen zu machen wie in der alten Festungsstadt Nördlingen, wo ich im vorigen Jahre beim Krainerbauern zu Gast war. Des Grossbauern Haus steht seit dem Jahre 1500. Die dunklen, knarrenden, gebogenen Treppen, die Holzschnitzereien und Steinfiguren an den Wänden, die roten Giebel, der zierliche Turmerker, aus all diesem strömt noch heute mit ganzer Kraft der Odem jener vergangenen Zeite da Kaiser Maximilian hier mit seinem Gefolge über den Markt gesprengt oder die Schweden und auch ein spanisches Regiment die Faust der Reichstruppen und der Bürger von Nördlingen zu spüren bekommen hatten.

Braussen am Wall, in der Nähe des Berger Tores, liegt des Grossbauern Grundstück. Wenn ich Morgens eine der blauen Butzenscheiben öffnete, so konnte ich weit hineinschauen ins Land, bis hinüber nach den wuchtigen Formen des Jura. Wir hatten gleich am zweiten Tage das Stadtmuseum besucht und die Reichhaltigkeit der dort aufbewahrten Gewänder und Waffen, der Urkunden, Bilder und Folterinstrumente bewundert. Mein Wirt hatte mir am Abend, als Folge dieses Besuches, viel zu erzählen über die Hexe vom Wennenberg, grausige Prozesse und allerlei seltsamen Spuk, der noch bis in die heutige Zeit nicht ausgerottet sein sollte. Ich lächelte, aber der Bauer versicherte hoch und heilig, dass die Geister von anno dazumal selbst aus seinem eigenen Hause noch nicht gebannt seien. Erst im vorigen Herbst hätten die Hexen und die toten Körper gefallener Kämpen oben in seiner Scheuer ein nächtliches Fest gefeiert, bei dem es toll zugegangen sei. Ich schwieg, weil ich wusste, dass es vergebens wäre, gegen diesen allzu fest eingewurzelten Glauben anzukämpfen. Aber ich ahnte nicht, dass ich um eine gewichtige Erfahrung auf diesem Gebiete reicher von dem Bauer scheiden sollte.

Ich hatte am folgenden Tage einen Ausflug ins Ries unternommen. Die Nacht über blieb ich auswärts in einem Nachbardorf, da es mir für die Rückkehr nach Nördlingen zu spät geworden war. Als ich dann aber am übernächsten Tage wieder des Bauern Haus betrat, sah ich sofort, dass hier etwas nicht in Ordnung war. Mein Wirt schlich bedrückt herum und schaute bleich aus.

"Das Sieb!" sagte er nur, als ich in ihn drang.

"Was für ein Sieb? Was ist damit?"

"Heite Nacht! Dees grosse Hafersieb! Es isch in der Stub rumdanzt un hent nimmer aufhöörn wolle!"

"Ach was!" sagte ich, "Ein Sieb kann nicht tanzen, und Ihr habt sicherlich..."

"Ha, es isch net dantz? Un ich sag' Ihne, es isch rumfuhrwerkt, dass uns die Haare hent zu Berge stande. Es war ganz in der Früh' noch, die Sunne isch no net aufgange gwese, do hör i in der Stuben ein Gekratz und Gerutsch. No han i schaut, aber 's isch nix zu sehn gwest, weil's no zu dunkel war. Aber dann han i's halt doch sehn, des grosse Sieb an der Wand isch auf'm Eschtrich hin- und herfahrn. I bin ganz schtill gwest, aber dees Sieb hat nimmer Ruh geben. Gegen den Schrank und die Waschlavor isch es gefahrn, dass

32
Vor Angst schier umkommen bin. Zum End bin i dann aus dem Bett naus un hab den Daniel gholt und die Kathrin. Die hent's dann auch gsehn. Aber ran-träut hent sie sich au net. Nur der Daniel hat einen langen Stock holt un hat das Sieb zum Stillstehen bringen wollen, aber do isch dees Sieb noch toller gegen die Wand gerast un wieder zruck, dass die Kathrin mit einem Schrei auf un davon isch. Endlich hat sich de s Sieb um sich selbst dreht, isch mit einem mächtigen Schlag gegen die Tür gefallen, und dann erst war's ruhig!"

Ich befragte den Knecht und die Magd. Es stimmte alles. Drei Menschen hatten das grosse Hafersieb, das in des Bauern Schlafstube stand, einen wilden Tanz vollführen sehen. Ich ging hinauf, um das Gerät zu untersuchen, fand aber nichts Auffälliges. Nun, sagte ich mir, wir wollen die kommende Nacht abwarten; vielleicht kann ich dem Spuk einmal selbst zusehen.

Nach dem Essen kam mein Bub schüchtern zu mir, den ich am vergangenen Tage zu Hause gelassen hatte, weil es ihn interessanter dünkte, mit den Ziegen und Kaninchen zu spielen, als mich auf meinen Exkursionen zu begleiten.

"Du, Vater," sagte er leise, "die haben sich alle so furchtbar aufgeregt heute Nacht. Ueber das Sieb. Gelt, du sagst ihnen nichts, dass ich gestern Abend die Katze drunter gesteckt habe?"

Werner Lobbenberg.

Fahrt nach Bos. Gradiska.^x

SPD. Der Kalkbrenner Ignaz Knicslawec war wie vor den Kopf geschlagen. Dreissig Jahre hatte er Tag um Tag, Nacht um Nacht, Schicht um Schicht, Ofen für Ofen, Kalk gebrannt. Wie oft war er 24, 36 Stunden am Ofen geblieben! So hatte ihn seine Arbeit in Anspruch genommen, dass ihm keine Zeit blieb, sich nach einem Weibe umzuschauen. Allerdings, der Verdienst hätte auch nicht für eine Familie gelangt. Früher - wie lange ist es denn schon her? - hatte er eineinhalb Kronen Tagesverdienst; nach 1918 waren es knapp 250 Dinare, die er zum Wochenende ausbezahlt erhielt. Die Hälfte des Geldes wanderte ins Wirtshaus und in die Tabaktrafik. Ein Kalkbrenner hat Durst. Der heisse Ofen! Und ein rechter Mann raucht! Für Nahrung und Kleidung - er ist bescheiden - hat es stets gereicht.... Nun soll es auf einmal aus sein? Nicht zu glauben! Aber der Chef hat es ihm gesagt. Der Betrieb wird stillgelegt. Die Transportkosten sind zu hoch. Kein Ofen wird mehr angezündet. Gewiss, man hat ihm angetragen, mitzuziehen nach jenem Bos. Gradiska - der Teufel weiss, wo das Nest eigentlich liegt! Irgendwo hinter Zagreb musste es sein. Dört könnte er weiterschaffen. Für das Reisegeld habe er selbst aufzukommen! Ja, das Reisegeld! Kein Parastück klimperte in seinen Taschen. Aber hin zur neuen Arbeitsstelle wollte er. Das stand fest. Wie sollte er leben ohne die grossen, runden Öfen? Er liebte die Kalköfen mit ihren rotbrodelnden Fenstern, die wie riesenhafte glühende Augen in die Landschaft starren und ihr ein schreckhaftes Bild verleihen. Die Kalköfen sind seine Welt. Er muss sie haben. Ausserdem: der Chef braucht ihn!... Ignaz Knicslawec ist ein einfältiger Mann.

Halb dösend, träumerisch, wie von ferne gelenkt, war er hinabgestiegen ins Tal, nach Zidani Most. Lange stand er oberhalb der Wagenbrücke und blickte mit leeren Augen auf die Eisenbahnbrücke unter ihm. Da ratterten in einem fort Züge mit Menschen, die Geld besitzen für eine Fahrkarte. Wieviel, hatte der Stationsvorsteher gesagt, kostet eine Fahrkarte nach Bos. Gradiska? 120 Dinare? Ueber zweihundert Kilometer sind es? Zweihundert Kilometer... wie soll er das schaffen? Die Füsse schmerzen ihn schon jetzt. Dabei war er nur von seinem Gebirgsnest einige Stunden gestiegen. Ja...das Bündel!...

Auf einmal wurde sein Blick starr. Da...unter der Bahnbrücke, auf der Save, kamen Flösse geschwommen, eins, zwei, drei, vier, fünf! Starke Männer regierten sie scheinbar mühelos. Floss...Save...Bos.Gradiska..an der Save, hatte der Chef gesagt, schoss es ihm durch den Kopf. Er schlug sich an die Stirn und eilte in schnellem Entschluss über die Brücke, kroch unter einem Geländer weg, rutschte den Damm hinter zum Fluss, den Flossleuten etwas zureufend. Die schrieen zurück, deuteten nach hinten. Er überlegte und trabte dann stromauf....

Endlich, nach zwei Stunden Marsch, war er am Anlegeplatz der Saveflösse, die, von Ljubljana kommend, bis nach Belgrad hinunterfahren. Ohne weiteres wollten ihn die Flösser mitnehmen. Er konnte einen Mann ersetzen. Abwechselnd könnten sie ruhen, wenn auch er die Ruderstange führte.

So kam es, dass Ignaz Knicslawec, der Kalkbrenner aus dem Gebirgsdorf, als Flösser auf der Save fuhr. Anfangs war ihm, der nie bisher auf dem Wasser gefahren war, unangenehm zuzute. Er fürchtete, das hölzerne Ding könnte jede Minute auseinanderreißen. Ängstlich schaute er sich um...Bald jedoch forderte die Arbeit seine ganze Aufmerksamkeit. Und nach einigen Stunden war ihm, als habe er in seinem Leben nichts anderes getan, als die Ruderstange geführt. Seine Kameraden waren keine Unmenschen. Gebirgsflösser lassen sich gern helfen; sie helfen aber auch jederzeit. Ignaz Knicslawec ruhte abwechselnd mit den Andern auf einem Spänehaufen unter einem Bretterverschlage, geschützt vor den stechenden Sonnenstrahlen und vor den noch lästigeren Gelsen.

Während des Ruderdienstes erfuhr Ignaz Knicslawec von dem Manne an der zweiten Stange, einem gesprächigen Krainer, allerhand Dinge, von denen er nie gehört. Dass ein Saveflösser tausend Dinare - welch eine Summe! - für eine Fahrt erhält, wollte er nicht glauben. Und als der Mann weiter erzählte, diese Bezahlung hätten die Flösser nur ihrer Geschlossenheit in ihrer Organisation zu verdanken, vermutete er, der Kamerad flunkere ihm etwas vor. Trotzdem sog er begierig die Worte des Andern ein; Worte von den Rechten der Arbeiterschaft, vom Wunsche nach dem Achtsturentag und anderem mehr. Ignaz Knicslawec staunte. Um was sich die Leute alles kümmern! Er hatte stets nur den Kummer gehabt, nachzudenken, wie die Schulden beim Wirt beglichen werden, ohne dass er verdurstete. Lohnforderungen, Arbeitskämpfe... gewiss, er hatte so von fern etwas davon gehört. Aber nachgedacht, nein! Wozu denn?! Und doch musste man über diese Dinge nachdenken! Der Flösser sagte es! Jawohl!...

Unterdessen glitt das Floss auf den reissenden Fluten der grünen Save hin. Ortschaften blieben zurück. Da waren Hopfenfelder. Auf hohe Stangen kletterten grüne Ranken. Die Häuser waren ulkig zweckentsprechend: mit hohen, spitzen Giebeln, die luftige Räume bergen zum Hopfentrockenen. Ringsum breite Veranden, die voll hingen von Bohnenschoten... Dann...auf saftigen Uferwiesen weideten fette Schafe und pralleutrige Kühe. Auf Bergen reihten sich Terrassenweinberge. Winzerhäuschen wechselten mit kleinen Kapellen. Züge überholten das Floss. Und Autos mit schreienden, gestikulierenden Marktweibern in lächelnd bunter Kleidung.

Das Floss wurde hin und her gerissen. Auf und nieder. In allen Fugen krachte es. Die Bretter - das Floss brachte Langholz und mehr noch Bretter nach Belgrad - bogen sich und rutschten. Die Flösser hatten alle Hände voll zu tun. Erst vor Zagreb, der schönen Hauptstadt Sloweniens, wurden die Wasser ruhiger. Das Flussbett verbreiterte sich. Boote und kleine Ewer mit Steinen und Marktwaren wurden aufwärts getreidelt.

Wieder hiess es aufpassen. Die Save hat tückische totlaufende Nebenarme. Breit floss der Fluss in weite Ebenen. Die Berge traten zurück. Maisfelder - aha! Daher kommt der Polenta, dachte Ignaz Knicslawec - weit und breit! Jetzt hakte das Floss! Eine Untiefe? Brr.. - das war eine Sandbank!.. Wo ist das Ufer?... Ueberall, soweit das Auge reicht, Sumpf, Schilf, hohe,

harte Gräser. Hart arbeiteten die Männer.

Die Save ist wild. Im Oberlauf reissend. Stromschnellen, Engen, Felsblöcke. Im Mittel- und Unterlauf lauern Untiefen, Sandbänke, Sümpfe. Nebenarme täuschen. Das Wasser fliesst abwechselnd ruhig und schnell. Bei Sisak mündet die dunkle Kulpa, die das hellgrüne Kalkwasser der Save hässlich färbt.

Die Fahrt ermüdete. Es wurde Nacht. Wieder kamen Berge rechts näher. Gegen Mitternacht klatschten die Ruderstangen zum letzten Male ins mondbeschienene Wasser. Stumpf stiess das Floss an die Anlegestelle bei Bos. Gradiška. Die Steuerleute sprangen an Land. Sie wollten ausrasten für den zweiten Teil ihrer Fahrt. Ignaz Knieslawec verabschiedete sich mit Dankesworten. Er wanderte in die Nacht, ein anderer, wissender Mensch, sich einen Schlafplatz zu suchen.

Nächsten Tages sah man ihn fragen nach dem neuen Arbeitsplatz an den Kalköfen.

Herbert Reinhold.

Unbekanntes von Marx.^x

SPD. Die nachstehenden Briefe von Karl Marx an Johann Philipp Becker und Victor Schily werden hier erstmalig veröffentlicht; lediglich aus den Briefen an Becker hat Reinhold Rüegg 1888 im 6. Jahrgang der "Neuen Zeit" einige charakteristische Stellen mitgeteilt. Johann Philipp Becker (1809-1886), ein Teilnehmer am "Hambacher Fest" im Mai 1832, und Victor Schily (1810-1875) waren alte und vertraute Freunde von Karl Marx, die auch in der 48er Revolution ihren Mann gestanden haben. Seit 1849 lebte Schily im Pariser Exil; mit Becker verband ihn eine intensive Tätigkeit für die Erste Internationale, die 1864 in London unter massgebendem Anteil von Marx begründet wurde. Becker gab in Genf den "Vorboten" heraus, sozusagen das Zentralorgan der Ersten Internationale. Die hier mitgeteilten Briefe umfassen die Jahre 1860 bis 1881, also nahezu die zwanzig letzten Lebensjahre von Marx; denn nach dem Tode seiner geliebten Frau Jenny, den er dem Freunde Becker selbst auf einer Postkarte anzeigte, erholte sich Marx nicht mehr. Nicht mit Unrecht schrieb Engels beim Tode von Marx' Frau: "Der Mohr ist auch gestorben".

Unsre Briefe geben ein geschlossenes und lebendiges Bild von Marx' Persönlichkeit. Alle wichtigen Ereignisse der beiden letzten Jahrzehnte seines Lebens werden berühmt: 1860 veröffentlichte Marx das Pamphlet gegen Karl Vogt 1862 berichtete er Becker über seine Eindrücke in Deutschland - 1861 hatte Marx Ferdinand Lassalle in Berlin besucht -; 1865 und 1866 beschäftigte Marx neben der endgültigen Ausarbeitung des "Kapital" die organisatorische und taktische Vorbereitung des ersten Kongresses, den die Internationale Arbeiterassoziation unter dem Vorsitz Jungs im September 1866 in Genf abhielt. Auch die späteren Briefe, die sich mit den von Bakunin und Andern inspirierten allianzistischen Spaltungstendenzen der Internationale beschäftigen, zeigen, wie Marx' Tätigkeit für die Erste Internationale Arbeiterassoziation mit seinem Schaffen verwurzelt ist. Im übrigen ist der Brief vom 2. August 1870 für die Klärung des Gegensatzes zwischen Marx und Bakunin von erheblicher Bedeutung. Wenn Marx den Londoner Delegierten zum Genfer Kongress ihre Instruktionen ausarbeitet, so ist es die unaufhebbare Einheit von Theorie und Praxis, die sich hier bezeugt. Der Brief an Schily aus dem Erscheinungsjahr des "Kapital" (1867) enthält wichtige Bemerkungen über die Marxsche Werttheorie.

Die Originale der hier veröffentlichten Briefe befinden sich im Archiv der S.P.D. in Berlin. Nicht sicher entzifferte Worte wurden wie folgt bezeichnet: (?). überhaupt nicht zu entziffernde mit: ...(?).

23. Jan. 1860.

Lieber Becker,

Wollen Sie so gut sein, einliegenden Brief an Lommel zu besorgen? Ich schicke selben durch Sie, weil ich in Genf nur Lommels Adresse habe, die nicht mehr sicher zu sein scheint. Wenigstens erwähnt L. in seinen letzten Briefen weder der von mir versandten Briefe, noch antwortet er auf Anfrage wegen Ausbleibens (wochenlanges) eines mir angekündigten Pakets.

Grüssen Sie Schily bestens von mir. Den Brief des Ranickels an ihn bitte ich mir möglichst bald zugehen zu lassen.

Ich bin erst seit ein paar Tagen wieder arbeitsfähig und immer noch gewissermassen Reconvalescent.

Die Herausgeber der Anfang Juli zu Berlin erscheinenden "Deutschen Zeitung" haben sich durch eine dritte Person an mich gewandt um Mitarbeit. Ich habe noch nicht definitiv mich erklärt. Ich verlange erst nähere Details über das Personal und die Tendenz des neuen Instituts. Doch scheint es mir nach den bisher veröffentlichten Zeitungsannoncen "nationalvereinlich" zu sein, und, wie ein Freund mir aus Berlin schreibt, wäre es tunlich, von aussen stark auf seine Richtung zu wirken. Schreiben Sie mir, ob Sie und Schily eine gemeinsame Correspondenz für das Blatt, das fonds zu haben scheint, übernehmen würden, falls eine Aufforderung in diesem Sinn Ihnen von Berlin direkt oder via London zugehen sollte? Ich bitte hierüber umgehend Antwort, weil ich natürlich nur dann in diesem Sinn in Berlin Andeutungen machen würde, wenn die Annahme zu Paris im voraus gewiss wäre.

Abouts (französischer Publizist) Pamphlet hat das Verdienst, dass die gothaischen Redensarten hier offiziell für den B - s (?) vindiciert werden.

Zasanoff habe ich nicht hier gesehen.

Salut

Ihr K.M.

Den Brief an Lommel bitte ich möglichst bald zu expedieren.

+

+

+

9. April, 1860

9, Grafton Terrace, Maitland Park,
Haverstock Hill London N W

Freund Becker,

Zunächst meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief, Ihre mündlichen Mitteilungen an S. und die Uebersendung der Korrespondenz. Der Angriff des Sieur Vogt wäre - von allem andern abgesehen - schon deswegen von mir als ein glückliches Ereignis zu betrachten, weil er mich in näheres Verhältniss mit den Veteranen unserer Revolution und Emigration gebracht hat. Ich teile übrigens nicht die Philisterbewunderung über die Konsequenz Ihres Lebens. Ich habe bisher immer gefunden, dass alle wirklich tüchtigen Naturen - ich erwähne nur den alten Levasseur, Cobbet, Robert Owen, Lelewel, General Mellinet -, die einmal die revolutionäre Bahn eingeschlagen, stets aus den Niederlagen selbst neue Kraft saugten und stets entschiedener wurden, je länger sie im Strom der Geschichte geschwommen.

Die nächste Ursache meines Schreibens - ausser dem Wunsch, Ihnen meinen Dank persönlich abzustatten - ist der Auftrag, den mir mein alter Freund J. Weydemeyer erteilt hat, in Europa Korrespondenten zu werben für "Die Stimme des Volkes". Die ist nämlich ein Blatt, das jetzt in Chikago gestiftet worden ist von dem Amerikanischen Arbeiterbund, dessen Vorort von New York nach Chikago verlegt worden ist. Es ist ein Tagesblatt und kann umso grössere Bedeutung erlangen, als Chikago sich mehr und mehr zur Metropolis des Nordwestens aufschwingt. Ich lege Ihnen den Kopf des Programms bei.

Bedingungen sind diese: Sie hätten einmal die Woche zu schreiben. Honorar zwei Dollars pro Brief. Dies wäre das Vierteljahr about (rund) 5 Pfund oder 125 Francs. Das Honorar ist klein, wie bei einem Arbeiterblatt nicht anders möglich. Andererseits bürgt der Charakter meines Freundes Weydemeyer für pünkt-

liche Zahlung, was bei deutsch-amerikanischen Blättern sonst nicht gerade der Fall. Sollten Sie eingehen auf die Aufforderung, so könnten Sie nächste Woche beginnen, mir aber vorher Anzeige machen.

Das Paket mit der sehr wertvollen Korrespondenz erhielt ich per Post, einen Tag vor der Ankunft von S. in London. Ich werde es binden lassen und stets zu Ihrer Verfügung bereit halten. Es befindet sich darin ein Dokument einer gegen Willich rebellierenden Kolonne, das ungemein charakteristisch für den Don Quixote ist.

Sehr lieb und für meine Broschüre sehr wichtig wäre es, wenn Sie, der de Fazy (schweizerischer Radikaler, Freund Napoleons III.) so genau kennt, mir eine kurze Skizze über sein Tun und Treiben seit dem Staatsstreich zukommen liessen, nebst einem Miniaturporträt vom Charakter des Mannes. Ich betrachte Vogt nur als den Famulus von F., den ich einmal zu Paris (1843) sah und den ich als ehemaligen Mitarbeiter des "National" (an dem die bestehen schlecht waren) gleich richtig auffasste. Lommels kleine Schrift ist amüsant und enthält manche nützliche Enthüllung über 1847-1848. Nur kann ich nicht übereinstimmen mit der sehr dirivativen Manier, worin er sich die Quellen des Revolutionsjahrs vorstellt. Doch befähigt ihn vielleicht grade die Engheit seiner Anschauung, das Terrain, mit dem er persönlich bekannt war, lebendig zu schildern und richtig aufzunehmen.

Ihre zwei kleinen Gedichte über Leibniz und ...(?) haben mir ausserordentlich gut gefallen und wäre es gut, wenn Sie dieselben (falls Sie auf meinen Vorschlag eingehen) dem ersten Brief an Weydemeyer beilegen. W's Adresse ist diese: J. Weydemeyer, Care of Chicago Arbeiterverein, Box 1345, Chicago. Ill. U.States. (Das Ill. ist nämlich Illinois)

Gruss und Handschlag

Ihr ganz ergebener

K.Marx.

(Fortsetzung folgt.)

Märchen von heute!^x

SPD. Es geschehen noch Märchen, aber sie werden nicht in die Schulbücher kommen, weil sie so arg wahr sind. Dafür werden sie in die Herzen derer kommen, die immerzu schwatzend urteilen und die Menschen gar nicht kennen, sondern hin und her schwanken zwischen ja und nein.

Vor einiger Zeit schrieben mir Gesinnungsfreunde aus einer dunklen Gegend dass sie wegen einer Stelle aus einem meiner Werke, die sie als Sprechchor aufgeführt hatten, und die ganz falsch ausgelegt worden war, weil man sie hatte missverstehen wollen, zu einer Strafe verdonnert worden seien. Daraufhin sandte ich den armen Leuten eine kleine Hilfe.

Gut, das war ja nicht viel, und das ist noch kein Märchen. Aber eine Weile später kam mit der Post das Märchen. Das lautete:

"Lieber Genosse, unsre Strafe ist als ungerecht aufgehoben worden. Wir senden dir mit gleicher deine Hilfe zurück, denn wir nehmen an, dass du das Geld genau so gut benötigst wie heute jeder."

Das Lachen ist heute zu einer schmerzlichen Mimik geworden, hinter der noch ein klein wenig ferner Schimmer bleibt. Das Weinen ist würdelos; sonst würde es das Lachen bei dieser scheinbar kleinen Angelegenheit abgelöst haben. Es gibt wahrhaftig noch Menschen, die Märchen in die Wirklichkeit hinein dichten.

Alfred Auerbach.